

Lfd. Nr.	Vorschlag	Antwort
1	Ausgabevorschlag: Es sollten an den Mülleimen zusätzlich Aschenbecher installiert werden Begründung: Ich als Raucher werfe ungern meine Zigarette auf den Boden. Hennef bietet mir aber keine Alternativmöglichkeit wie bspw. Siegburg an. Sparvorschlag: Insgesamt weniger Reinigungskosten durch Strassendienst.	Wir haben im Stadtgebiet bereits einige Aschenbecher an vorhandenen Abfallbehältern zusätzlich montiert. Der ersetzte Erfolg bleibt allerdings aus. Von einigen Rauchern wird das Angebot angenommen, die Sauberkeit im Umfeld verbessert sich aber kaum. Weiterhin hat der Raucher auch ohne Aschenbecher die Möglichkeit, seine Zigarette etwa auf dem Boden auszurücken und den erloschenen Filterrest in einen herkömmlichen Abfallbehälter zu entsorgen. Bei Abfallbehälter mit integriertem Kippeneinwurf besteht die Gefahr, dass der im Behälter befindliche Restmüll in Brand gerät. Weiterhin hatten wir vor kurzem den Fall, dass unser Restmüllcontainer auf dem Bauhof brannte – Ursache: Zigarettenkippen. Zusätzliche Aschenbecher kosten rd. 85,00 € das Stück. Im Stadtgebiet stehen, ohne die auf den Spielplätzen, ca. 400 Stück.
2	Ausgabevorschlag: Zebrastreifen, Verkehrsinsel oder Ampel für Fußgänger. Tempolimit 50km/h, B8 OL Käsberg in Höhe der Bushaltestellen incl. fester Blitzer. Begründung: Ein gefahrloses Überqueren der Straße ist für unsere Kinder nicht möglich, da selbst das Tempolimit von 70 km/h zu hoch ist bzw. bei weitem überschritten wird und die Straße in beide Richtungen durch Kurven schlecht einsehbar ist. Sparvorschlag: Durch den festen "Blitzkasten" sollten sich die Ausgaben relativ schnell "amortisieren".	Käsberg ist ein Weiler mit einer Streubesiedlung, die Voraussetzungen für eine geschlossene Ortschaft (also Tempo 50) sind hier nicht gegeben. Die Ortslage liegt im Zuge der Bundesstraße B 8 außerhalb der geschlossenen Ortschaft, insofern sind hier Fußgängerüberwege, Geschwindigkeitsbeschränkungen unter 70 km/h oder Fußgängerampeln außerhalb von Kreuzungen nicht möglich. Die Installation von stationären Geschwindigkeitsmessanlagen ist Angelegenheit des Rhein-Sieg-Kreises, respektive der Kreispolizei, da das Ordnungsamt der Stadt lediglich für die Überwachung des ruhenden Verkehrs zuständig ist. Solche Anlagen werden in der Regel aber nur im Bereich von Unfallhäufungsstellen eingerichtet, dies ist hier aber nicht der Fall. Die Einnahmen aus Verwarngeldern für Verstöße im fließenden Verkehr wären ohnehin nicht zu Gunsten des städtischen Haushaltes, sondern würden in den Haushalt der Polizei fließen. Die Stadt wird den Hinweis jedoch gerne aufnehmen und im Rahmen der Ordnungspartnerschaft mit der Polizei thematisieren.
3	Sparvorschlag: Derzeit sind an den Ausfallstraßen von Hennef in der Nacht noch Ampeln eingeschaltet, die Autofahrer oft zum Anhalten bringen, obgleich weit und breit kein Verkehrsteilnehmer zu sehen sind. Ich schlage vor, die Ampeln - gern nach Prüfung vor Ort - in der Nacht von 22:00 bis 05:30 abzuschalten und die normale Verkehrsregelung gelten zu lassen. Begründung: Der Stromverbrauch wird reduziert, die Autofahrer müssen nicht nachts irgendwo warten und: Einige Ampeln werden einfach bei rot überfahren, evtl. weil die Autofahrer sie als Schikane ansehen. Die anderen Autofahrer, die dann grün hätten, werden in falscher Sicherheit gewiegt.	Durch den Einsatz neuer Techniken wie den neuen Signalgebern in LED-Technik wird Strom gespart. Nächtliche Abschaltungen bringen aus diesem Grund kaum finanzielle Vorteile. Die Kosten für die Wartung der Anlagen bleiben bestehen, da es unerheblich ist, ob eine Anlage den ganzen Tag oder nur stundenweise arbeitet. Eine Untersuchung der Technischen Universität Dresden kommt zum dem Schluss, das nächtliche Abschaltungen von Lichtsignalanlagen nicht zu vertreten sind. Nach den Ergebnissen der untersuchten Städte ist die Verkehrssicherheit bei Nachtschaltungen gegenüber dem Dauerbetrieb schlechter. Nicht nur, dass die Zahl der Unfälle mit Personenschaden zunehmen, auch die Unfallschwere habe zugenommen. Wenn die zusätzlichen Unfallkosten während der Abschaltungszeiträume mit in die Betrachtung einbezogen werden, so ist die Bilanz negativ.

4	Ausgabevorschlag: Installation einer Geschwindigkeitsüberwachungsanlage in der Söwener Straße. Begründung: Die Söwener Straße im Bereich der Tennisplätze ist durch ihren geraden, übersichtlichen Ausbau eine der letzten Rennstrecken innerhalb der Ortschaft. Die bisherigen, sporadischen Geschwindigkeitskontrollen erfolgten nur unter der Woche, müssten aber trotzdem einiges an Erkenntnissen gebracht haben. Am Wochenende stellt sich die Lage aber für die Anwohner viel gravierender dar: Auf dem Weg Richtung Söven werden normal schnelle Autofahrer bereits überholt, wenn sie nur 60 fahren. Die Lärmbelästigung durch die aufheulenden Motoren ist haarsträubend. Selbst mit der derzeit eingerichteten Baustelle sind in der Nacht häufig Fahrzeuge zu hören, die mit quietschenden Reifen von der Baustellenampel aus starten und bis zur jeweils folgenden Kurve (also Stadttein- und auswärts) Vollgas geben. Eines Nachts mußten wir alle Fenster schließen, weil beißender Qualm der Reifen im ganzen Haus breit machte. Ich wäre sehr dafür, eine fest installierte, ggf. sogar in beide Richtungen schwenk- und nutzbare Geschwindigkeitsüberwachungsanlage zu installieren, so wie in Greulsielen. Bisher ist mir in der Söwener Straße noch kein schwerer Unfall bekannt, jedoch hat ein Mensch bei Aufprallgeschwindigkeiten über 80km/h keine Überlebenschance. Mir hat ein Motorradfahrer mal gesagt, dass er in Höhe meines Hauses 140km/h drauf hat. Und ich möchte nicht, dass mein Kind das erste Opfer ist, bevor hier etwas unternommen wird. Sparvorschlag: Sehr viele Einnahmen durch Bußgelder der Raser, weniger Folgekosten bei Unfällen, Erhöhung der Lebensqualität der Anwohner, Sicherheit für die Nutzer der Tennisplätze (oft sind Jugendliche mit dem Fahrrad unterwegs).	Die Installation von stationären Geschwindigkeitsmessanlagen ist Angelegenheit des Rhein-Sieg-Kreises, respektive der Kreispolizei, da das Ordnungsamt der Stadt lediglich für die Überwachung des ruhenden Verkehrs zuständig ist. Solche Anlagen werden in der Regel aber nur im Bereich von Unfallhäufungsstellen eingerichtet, dies ist hier aber nicht der Fall. Die Einnahmen aus Verwarngeldern für Verstöße im fließenden Verkehr wären ohnehin nicht zu Gunsten des städtischen Haushaltes, sondern würden in den Haushalt der Polizei fließen. Die Stadt wird den Hinweis jedoch gerne aufnehmen und im Rahmen der Ordnungspartnerschaft mit der Polizei thematisieren.
5	Ausgabevorschlag: Schaffung von Freizeitangeboten für Jugendliche. Begründung: Für Jugendliche scheint es kaum Freizeitangebote in Hennef zu geben. Mittlerweile gibt es Orte in Hennef, die man nach Anbruch der Dunkelheit meiden sollte, weil dort Jugendliche ihr Unwesen treiben. Nach den Wochenenden findet man im Stadtgebiet viele zerschlagene Flaschen und weiteren Unrat, der von der Langeweile der Jugendlichen zeugt. Ich bin dafür, nach einer dauerhaften Lösung zu suchen, wie man Jugendliche mehr an die Gesellschaft und die Stadt in der sie leben binden kann und ihnen positive Möglichkeiten bieten kann, ihre Energie abzubauen. Der Einsatz von Streetworkern (falls es schon welche gibt, scheinen die nicht zu reichen) könnte hier helfen, die Meinung der Jugendlichen abzufragen. Es nützt ja nichts, wenn sich gestandene Politiker Gedanken darüber machen, was einen Jugendlichen interessieren könnte. Sparvorschlag: Hennef wieder sicherer zu machen kann man gar nicht beziffern, allein die Glasscherben auf den Fahrbahnen zu reinigen und den Unrat einzusammeln kostet Geld, das man sinnvoller ausgeben kann. Vor allem: Wenn man nichts tut, wird es nicht weniger, sondern mehr.	Es sollte in Hennef keine Gegenden geben, die man in der Dunkelheit meiden sollte. Bitte teilen Sie uns diese Örtlichkeiten mit, damit wir konkret handeln können. Manchmal hilft schon eine bessere Beleuchtung oder ein Vorortgespräch, um subjektive Angstgefühle auszuräumen. Jugendliche in Hennef haben immer wieder die Möglichkeit sich durch Beteiligungsaktionen einzubringen. Der Jugendpark ist so gestaltet worden, wie Jugendliche es sich gewünscht haben. Die Jugendzentren der Stadt Hennef sind partizipativ aufgestellt, das heißt, dass Jugendliche dort gehört werden und ihre Vorschläge in die Stadtgestaltung einfließen. Darüber hinaus gibt es das Kinder- und Jugendparlament, die regelmäßige Kinder- und Jugendfragestunde im Jugendhilfeausschuss und die Streetworker (die es tatsächlich auch in Hennef gibt), die eine wichtige Verbindung zur Jugendszene darstellen. Müll ist eine ärgerliche Sache. Insbesondere Glasscherben bergen ein Verletzungsrisiko, was zu vermeiden gilt. Leider zeigt uns die Erfahrung, dass in allen Altersgruppen der Bevölkerung Menschen dabei sind, die eine wilde Entsorgung bevorzugen. Mit vereinten Kräften setzen sich das Jugendamt, das Ordnungsamt, die Polizei und die Streetworker hier für Aufklärung ein. Wenn Sie weitere Fragen oder Anregungen haben, können Sie sich gerne an meine Kollegin, Frau Anna Seidel (Tel.: 02242 888-427 oder anna.seidel@hennef.de) wenden.
6	Sparvorschlag: Straße zwischen Kumpel und Edgoven wieder für Fahrzeuge > 6 t sperren. Begründung: Die Straße ist für absolut schwere Sattelschlepper > 6t nicht ausgelegt. Dies belegen die jetzigen Straßenschäden. Bilder können gerne nachgeliefert werden. Kosten würden nur für die Schilder entstehen, die ohne weiteres über die Verwarngelder finanziert werden könnten.	Die Straße zwischen der L125 über Edgoven – Kumpel ist eine Gemeindeverbindungsstraße nach Söven L331. Eine Sperrung der Strecke für Kfz über 6 t ist weder aus bautechnischen noch aus straßenverkehrsrechtlichen Gründen zu rechtfertigen. Die Einnahmen aus Verwarngeldern für Verstöße im fließenden Verkehr würden ohnehin nicht zu Gunsten des städtischen Haushaltes, sondern in den Haushalt der Polizei fließen.

7	Sparvorschlag: Straßenreinigung Dambroicher Straße Begründung: Weil die Dambroicher Straße am Wochenende von den Anwohnern gekehrt wird, könnte man ganz sicher auf die Kehrmaschine am Montag oder Dienstag verzichten.	Die Fahrbahn der „Dambroicher Straße“ liegt in der Zuständigkeit des Rhein-Sieg-Kreises, da es sich um die Kreisstraße K 40 handelt. Innerhalb der festgesetzten Ortsdurchfahrt wird seit vielen Jahren satzungsgemäß die Straßenreinigung und der Winterdienst der Fahrbahn gebührend von der Stadt durchgeführt. Die K 40 stellt eine klassifizierte Straße dar, so dass es innerhalb der teilweise engen und unübersichtlichen festgesetzten Ortsdurchfahrt sowie auf Grund des hohen Verkehrsaufkommens nach § 4 Abs. 1 Straßenreinigungsgesetz NRW nicht zumutbar ist, dass die Anlieger die Fahrbahn der „Dambroicher Straße“ reinigen. Innerhalb der Ortsdurchfahrt der Dambroicher Straße sind die Anlieger nur für die Straßenreinigung und den Winterdienst des Gehweges verantwortlich. Dem Bürgervorschlag kann aus gesetzlich zu beachtenden Vorgaben nicht gefolgt werden.
8	Ausgabebevorzugung: An der Stelle, wo die Straße "Am Hang" (oben in Warth) in die Frankfurter Straße mündet ist zwischen 7 und 17 Uhr eigentlich eine 30er Strecke. Wenn man sich aber einmal ansieht, wie viele Schulkinder jeden Morgen und Mittag an den Bushaltestellen warten, ein- oder aussteigen und versuchen, über die Straße zu kommen, stellt sich jeder, der dies einmal beobachtet hat, die Frage, warum es dort keinen Fußgängerüberweg über die Straße gibt. Begründung: Die Kraftfahrer (PKWs genauso wie LKWs) fahren durch diese große Menge der Kinder ungehindert/ungebremst hindurch, ohne dass auch nur ein Fahrer anhält, um den Kindern das Überqueren der Straße zu ermöglichen. Ebenso haben wir Anwohner und unsere Kinder das Problem, dass auch nach 17 Uhr kein Fahrer anhält, wenn jemand die Straße überqueren möchte. Und Sie können mir glauben, dass sich nur ganz wenige Fahrer an dieses Tempo 30 halten. Selbst die Busfahrer oder LKWs fliegen im Zickzack um die Verkehrsinseln mit deutlich erhöhtem Tempo diese Straße hinunter (und sogar hinauf). Wenn denn mal ein Knipserwagen dort steht, ist der ja leider schon viel zu früh erkennbar und deshalb wird dann auch kaum jemand schneller als Tempo 30 daran vorbeifahren. Bitte installiert dort endlich einen Zebrastreifen, damit ein ungehindertes und gefahrloses Überqueren der Straße möglich wird und ein Fahrer deshalb stets mit die Bereitschaft zum Anhalten am Zebrastreifen dort entlang fahren muss. Sparvorschlag: Als Gegenfinanzierung mache ich den Vorschlag, dort viel öfters eine besser "getarnte" Geschwindigkeitskontrolle durchzuführen oder sogar einen festen Blitzer zu installieren. Dessen Amortisation dürfte nicht allzu lange auf sich warten lassen.	In der Straße „Wingenshof“ sind durch Querungshilfen und Fahrbahnverschnenkungen ausreichende Elemente zur Verkehrsberuhigung sowie zur Querung der Fahrbahn vorhanden. Die Straße wurde gemäß dem Verkehrsgutachten der Ingenieurgesellschaft für Verkehrswesen „Brlon Bondzio Weiser“ ausgebaut. Das Planungsbüro kam zum Ergebnis, dass aufgrund der Verkehrsstärken, der zulässigen Geschwindigkeiten und des Nutzungsumfeldes als Überquerungsstellen für Fußgänger und Radfahrer nur Mittelinseln in Betracht kommen. Die Installation von stationären Geschwindigkeitsmessanlagen ist Angelegenheit des Rhein-Sieg-Kreises, respektive der Kreispolizei, da das Ordnungsamt der Stadt lediglich für die Überwachung des ruhenden Verkehrs zuständig ist. Solche Anlagen werden in der Regel aber nur im Bereich von Unfallhäufungsstellen eingerichtet, dies ist hier aber nicht der Fall. Die Einnahmen aus Verwarngeldern für Verstöße im fließenden Verkehr wären ohnehin nicht zu Gunsten des städtischen Haushaltes, sondern würden in den Haushalt der Polizei fließen. Die Stadt wird den Hinweis jedoch gerne aufnehmen und im Rahmen der Ordnungspartnerschaft mit der Polizei thematisieren.
9	Ausgabebevorzugung: Ich plädiere für einen Zebrastreifen (Bonner Straße) zwischen Firma Poischen und Firma Kehren. Es ist beinahe unmöglich bis gefährlich im Bereich von REWE die Straße zu überqueren. Dies würde nicht nur Kinder sowohl auch ältere Menschen im Straßenverkehr mehr Sicherheit bieten. Begründung: Bin hochgradig sehbehindert, deshalb auf Markierungen bzw. Zebrastreifen angewiesen. Es ist mir nur möglich, den weißen Stock in die Fahrbahn zu halten um die Straßenseite zu wechseln. Sparvorschlag: Dies kann ich Ihnen nicht beantworten!	Im Zuge der Bonner Straße sind Querungshilfen (Mittelinseln) sowie eine Fußgängerampel an der Kreuzung Beethovenstraße vorhanden. Im Bereich der neu angelegten Mittelinseln sind taktile Elemente für Sehbehinderte eingebaut.
10	Ausgabebevorzugung: Bushaltestelle in Hennef-Dahlhausen. Begründung: Es gibt schon seit Jahren keine Bushaltestelle. Dies ist zwingend erforderlich, da die Fahrgäste bei Wind und Wetter ungeschützt auf den Bus warten müssen. Laut Herrn Meinerzhagen (Die Unabhängigen) sollte dies schon in diesem Jahr erledigt werden, aber angeblich ist dafür kein Geld mehr im Haushalt vorhanden. Obwohl anderslautend in der Zeitung gestanden hat, dass der Haushalt noch Überschüsse hat. Sparvorschlag: Totaler Quatsch !!!!!	Seit Jahren gibt es in der Nähe des Grundstücks Dahlhausener Str. 5 eine überdachte Bushaltestelle für die Buslinien Richtung Uckerath. Die zweite überdachte und behindertengerechte Bushaltestelle für die Buslinien Richtung Wellesberg / Königswinter-Oberpleis wird zurzeit neben dem Grundstück Dahlhausener Str. 2 gebaut. Der Bürgerantrag hat sich somit erledigt.

11	Ausgabebevorzugung: Bürger Melden Online - Aktuelle Sachstände und Meldungen im Internet darstellen. Begründung: Dies vermeidet doppelte Meldungen, erhöht die Transparenz für Bürgerinnen und Bürger. Vermeidet Mehrfacharbeiten innerhalb der Verwaltung. Außerdem können sich die Bürgerinnen und Bürger auf bereits vorhandene Meldungen beziehen. Sparvorschlag: Einsparung, weil Doppelmeldungen reduziert werden.	Bereits im letzten Jahr wurde der Vorschlag eingebracht, eine Möglichkeit einzurichten, dass Bürger online aktuelle Sachstände melden. Die erneute Prüfung des Vorschlages führt zu keiner Änderung des Ergebnisses, dem Vorschlag nicht zu folgen. Aus Datenschutzgründen müssten alle Meldungen gesichtet und aussortiert werden, damit personenbezogene Daten nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Dies erfordert ein erhöhtes Arbeitsaufkommen, was nicht zu einer Einsparung führen würde.
12	Ausgabebevorzugung: Anschluss der Stadt Hennef an die Behördennummer 115. Begründung: Verbesserung der Qualität und Quantität der telefonischen Erreichbarkeit. Sparvorschlag: Eventuell sogar Einsparungen im Bereich der Personalkosten. Ansonsten kann das vorhandene Personal in anderen Bereichen eingesetzt werden.	Die Anbindung an die Behördennummer 115 wird geprüft. Es soll innerhalb des Kreisgebietes unter den einzelnen Kommunen eine gemeinsame Lösung entwickelt werden. Vor zwei Jahren hat es bei der Stadt Hennef eine Umstrukturierung des zentralen Telefondienstes gegeben. Seither gab es keine Bürgerbeschwerden zur telefonischen Erreichbarkeit der Stadtverwaltung mehr. Neben den ausgezeichneten örtlichen Kenntnissen sind dort auch überörtliche Vermittlungskennntnisse vorhanden
13	Ausgabebevorzugung: Einsatz von eID bei Formularen Begründung: Bürgerinnen und Bürger müssen nicht die Daten eingeben und die Beschäftigten der Verwaltung verfügen über eine bessere Datenqualität. Sparvorschlag: Einsparung durch Wegfall von doppelten Daten und Fehlersuche.	Wir sind sehr an der mittelfristigen Einführung und Nutzung von eID und De-Mail zur Optimierung unserer Verwaltungsprozesse und der verbindlichen Bürgerkommunikation über das Internet interessiert, da wir ebenfalls die von Ihnen genannten Vorteile sehen. Wir werden dies gemeinsam mit unserem kommunalen Rechenzentrum umsetzen, da dort der Formularserver und andere notwendige Infrastrukturkomponenten zentral für die Kommunen betrieben werden und ein entsprechendes Know-how vorhanden ist. Beide Themen wurden bereits in Arbeitskreisen und Ausschüssen behandelt und derzeit finden entsprechende Prüfungen statt wie eine technische Umsetzung und Integration sinnvoll und wirtschaftlich erfolgen kann. Erst dann können wir letztlich anhand der entstehenden Kosten in Verbindung mit dem zu erwartenden Nutzen für Verwaltung und Bürger und der Akzeptanz dieser Technologien in den einzelnen Bereichen über den konkreten Einsatz entscheiden. Eine De-Mail-Adresse wurde aber bereits für die Stadt Hennef reserviert.
14	Ausgabebevorzugung: Einsatz De-Mail. Begründung: Bürgerinnen und Bürger können Anträge elektronisch übermitteln und erhalten Bescheide elektronisch, Datenqualität wird erhöht. Sparvorschlag: Sehr geringe Realisierungskosten, Porto- und Papierkosten werden auf beiden Seiten gespart.	Wir sind sehr an der mittelfristigen Einführung und Nutzung von eID und De-Mail zur Optimierung unserer Verwaltungsprozesse und der verbindlichen Bürgerkommunikation über das Internet interessiert, da wir ebenfalls die von Ihnen genannten Vorteile sehen. Wir werden dies gemeinsam mit unserem kommunalen Rechenzentrum umsetzen, da dort der Formularserver und andere notwendige Infrastrukturkomponenten zentral für die Kommunen betrieben werden und ein entsprechendes Know-how vorhanden ist. Beide Themen wurden bereits in Arbeitskreisen und Ausschüssen behandelt und derzeit finden entsprechende Prüfungen statt wie eine technische Umsetzung und Integration sinnvoll und wirtschaftlich erfolgen kann. Erst dann können wir letztlich anhand der entstehenden Kosten in Verbindung mit dem zu erwartenden Nutzen für Verwaltung und Bürger und der Akzeptanz dieser Technologien in den einzelnen Bereichen über den konkreten Einsatz entscheiden. Eine De-Mail-Adresse wurde aber bereits für die Stadt Hennef reserviert.

15	Ausgabevorschlag: Diverse Ausgaben im Bereich Verkehr: - Instandsetzung des Radweges Hennef-Stoßdorf-Buisdorf an der B8. Die zahlreichen Stellen, an denen Wurzeln den Asphalt angehoben haben sind (insbesondere im Dunkeln) saugefährlich - Errichtung einer zentralen Fahrradabstellmöglichkeit in der Hennefer Innenstadt mit anständigen Bügeln zum Anketten, wenn möglich überdacht und beleuchtet. (z.B. in einem der Zuwege zum Marktplatz am Deichmann oder gegenüber vom Ärztehaus/Apotheke wo die Infoafeln vom Stadtsportbund stehen) - Erneuerung der katastrophalen Fahrbahnoberfläche zwischen Pleiserhohn und Oberpleis (oder ist das Sache von Königswinter ?) Begründung: Diese Fahrbahnoberflächen sind vom Zustand her unzumutbar und gefährlich. Hennef verkauft sich mit dem neuen Siegradoweg und Siegtal pur als fahrradfreundliche Stadt, außerdem sollen doch Wander- und Fahrradtouristen ins Siegtal gezogen werden. Da gehört ein anständiger Fahrradparkplatz einfach dazu. Sparvorschlag: Eigentlich sind das Selbstverständlichkeiten, die im normalen Verkehrshaushalt berücksichtigt werden sollen. Ich denke aber an den Parkgebühren in der Innenstadt könnte noch etwas gedreht werde. Einerseits kostenlose 15min durch Einführung einer Brötchentaste, andererseits aber eine Gebührenerhöhung für die längeren Parkzeiten. In der Stadt sind sowieso viel zu viele Autos unterwegs, in denen jeweils nur eine einzelne Person sitzt.	Die Instandsetzung des in dem Seitenbereich der Landesstraße Nr. 333 – L 333 – verlaufenden Radweges zwischen Hennef über Stoßdorf nach Buisdorf liegt allein in der Zuständigkeit des Landesbetrieb Straßenbau NRW. Wir werden den Landesbetrieb Straßenbau über den von Ihnen beschriebenen schlechten Zustand des Radweges informieren. Die Fahrbahn der Landesstraße Nr. 331 - L 331 – zwischen Pleiserhohn und Oberpleis liegt zwar auf Königswinter Stadtgebiet und in alleiniger Zuständigkeit des Landesbetriebes Straßenbau NRW, aber Presseberichten zu Folge soll die Fahrbahn noch dieses Jahr instandgesetzt werden. Im Bereich des Zentralortes gibt es zahlreiche Fahrradabstellmöglichkeiten, die sich insbesondere um den Bahnhofsbereich konzentrieren (u.a. vor dem Wirtshaus, hinter dem Parkhaus BfH Nordseite, auf dem Place le Pecq). Aber auch entlang der Frankfurter Straße und auf dem Marktplatz werden vereinzelt Fahrradabstellmöglichkeiten angeboten. Hier ist aber auch zu beobachten, dass die Fahrradfahrer ihre Ziele/die Geschäfte in der Frankfurter Straße oder auf dem Marktplatz i.d.R. direkt anfahren und ihr Fahrrad in unmittelbarer Zielnähe abstellen, unabhängig davon, ob Abstellanlagen vorhanden sind oder nicht. Räumlich gebündelte Abstellanlagen würden hier nur bedingt die Ansprüche der Radfahrer erfüllen. Zusätzliche Fahrradabstellanlagen an der Frankfurter Straße könnten darüber hinaus, mangels Flächenverfügbarkeit, nur zu Lasten von Pkw - Stellplätzen nach sich ziehen, werden seitens der Verkehrsraum, die einen Verlust von Kfz Stellplätzen nach sich ziehen, werden seitens der ansässigen Geschäftsleute und der Verwaltung abgelehnt. Bei den benannten Zuwegen ist des Weiteren zu beachten, dass diese auch als Zufahrt für die Markbeschicker dienen und auch für Krankentransporte und Rettungsfahrzeuge weitgehend frei zu halten sind. Im Zusammenhang mit einem Antrag einer Ratsfraktion wurde das Thema verwaltungsintern erörtert. Hier wurde angeregt, in der Nähe der Frankfurter Straße/Marktplatz im Grünstreifen des Chronos Platzes zusätzliche Fahrradabstellanlagen einzurichten. Noch im September des Jahres werden in der Mittelstraße 48 zusätzliche Fahrradboxen aufgestellt.
16	Ausgabevorschlag: Fahrradwege ausbauen Begründung: Ich würde gerne, wie sicherlich auch viele andere mit dem Rad zur Arbeit von Hennef (Allner) nach Kaldauen fahren, aber durch Allner und Weingartgasse (natürlich auch in Seligenthal) ist dieses gerade zur Hauptverkehrszeit richtig gefährlich, da die Strecke kurvenreich und eng ist und es keinen Schutz für Fahrradfahrer gibt. Nach mehreren gefährlichen Zwischenfällen, fahre ich nicht mehr mit dem Fahrrad und kann so auch nichts für die Umwelt machen. Sparvorschlag: Da ich die Finanzen der Stadt Hennef nicht kenne, mag ich keine "Spartipps" geben, von denen ich keine Ahnung habe.	Für den Ausbau der Seitenbereiche innerhalb der festgesetzten Ortsdurchfahrten in Hennef-Allner und Hennef-Weingartgasse wäre die Stadt Hennef zuständig, wenn die Breite der Landstraße einen solchen Ausbau zuließe. Die vorhandenen Katasterbreiten der L 331 lassen bedingt durch die topographische Lage der L 331 aber einen weiteren Ausbau der Seitenbereiche, neben dem tlw. vorhandenen und notwendigen Gehweg, nicht zu. Außerhalb der Ortsdurchfahrten von Allner und Weingartgasse liegt die Zuständigkeit eines Ausbaus von Radwegen allein bei dem Landesbetrieb Straßenbau NRW. Dem Landesbetrieb Straßenbau stehen aber ebenfalls keine weiteren Ausbaubreiten zur Verfügung.
17	Sparvorschlag: In der Winterzeit wird in der Ölgartenstraße bis zum Haus Ölgarten und noch bis zum letzten Haus der Ölgartenstraße gestreut. Das gleiche gilt auch von Geistingen bis zum Haus Ölgarten. Begründung: Das sind ca. 7 Km Straße durch Feld und Wiese die letztendlich für zwei Häuser gestreut werden. Man könnte damit ganz Rott ohne Zusatzkosten von Schnee und Eis befreien und der arbeitenden Bevölkerung den Weg zur Arbeit ungeheuer erleichtern.	Nach Auskunft des Fachbereiches Baubetriebshof handelt es sich bei der Verlängerung der Ölgartenstraße zum Haus Ölgarten und darüber hinaus in Richtung Geistingen zum Anschluss an die Bergstraße um eine nicht gesperrte Ortsverbindungsstraße, die daher (und nicht nur für zwei Häuser) und aufgrund des wechselhaften Verlaufs durch offene Feld- und Waldflächen und verbunden mit Steigungs- und Gefällestecken im Rahmen des Winterdienstes gesichert wird.

18	Ausgabevorschlag: Werden Sie als Gemeinde Vorreiter für erneuerbare Energien Begründung: • Kommunalstrom: Beziehen Sie sauberen Strom aus Windenergie. Kommunen in unmittelbarer Nähe zu einem neuen Windrad können direkt sauberen Strom aus Windenergie beziehen – und das zu günstigeren Preisen als bei Kohle- oder Atomstrom. • Die Kommune als Stromerzeuger: Die Wertschöpfung bleibt vor Ort. Kommunen bieten wir maßgeschneiderte Möglichkeiten für Beteiligungen an einem Windpark oder auch den direkten Kauf von Windrädern an. • Tourismuskonzepte: Windparks locken Besucher in Ihre Region. Mit Einnahmen aus Windparks können Sie den Tourismus in Ihrer Region ankurbeln. Über Schautafeln, Energielehrpfade und Ausflüge mit Elektrofahrzeugen informieren Sie Ihre Gäste über die Vorzüge der erneuerbaren Energien. Auch Aussichtsgondeln an Windrad Türmen oder Kletterparks können attraktive Ausflugsziele sein. Lassen Sie sich als Bürger von den erneuerbaren Energien begeistern. • Das Genossenschaftsmodell: Gemeinsam erreichen Sie viel. Schon ab 100 € können Sie Miteigentümer einer Energieanlage werden. So hat jeder die Möglichkeit, sich an einem Windpark oder einer Solarstromanlage in seiner Nachbarschaft zu beteiligen. • Bürgerstrom: Beziehen Sie sauberen Strom aus einem Windrad. Stromkunden in unmittelbarer Nähe zu einem neuen Windpark können direkt sauberen Strom aus Windenergie beziehen und das zu günstigeren Preisen als bei Kohle- oder Atomstrom. • Geldanlagen: Attraktive Konditionen für Bürger. Über Anleihen, Sparbriefe oder andere Geldanlagen mit fester Verzinsung und festen Laufzeiten unterstützen Sie den Energiewandel in Ihrer Region. Wind- und Solarparbriefe legt juwi mit örtlichen Sparkassen und Banken auf, Anleihen vermittelt die juwi Invest GmbH. ÜBER www.juwi.de vgl. www.100-prozent-erneuerbar.de Sparvorschlag: Finanzierung durch o. g. Genossenschaftsmodell, Bürgerstrom und Geldanlagen der Bürger.	Hennef hat auf wichtigen Feldern der Energiewende Investitionen und Planungen realisiert. Auch die Möglichkeit zur Errichtung von Windkraftanlagen (WKA) wurde intensiv untersucht. Leider stehen einer WKA artenschutzrechtliche, landschaftsrechtliche und raumordnerische Belange entgegen. Investiv sind die Stadtwerke auch im Bereich Regenerative Energien (Solaranlagen) tätig. Auf eine eigene Genossenschaft und anderer Bürgerbeteiligungen wurde nach Gesprächen mit den umliegenden Kommunen verzichtet, weil mit der BürgerEnergie Rhein-Sieg eG eine entsprechende regionale Einrichtung zur Verfügung steht. Hier kann jeder Bürger – wie auch die Stadt Hennef – Anteile in Höhe von 1.000 Euro oder mehr zeichnen. Hiervon profitiert auch die regionale Wertschöpfung.
19	Ausgabevorschlag: Einsatz von BE Fuelsaver im Fuhrpark der Stadt Hennef http://www.befuelsaver.at/ Bitte nicht gleich abwinken und als esoterischen Quatsch in die Ecke stellen! Es gibt bereits Gemeinden, wo es genutzt wird! Ich selber nutze den Stift und habe Ersparnisse von über 10%! Begründung: Einsparung von Kraftstoff (Geld) Umweltschonung durch weniger Abgase Sparvorschlag: Hier liegt beides vor, erst die Anschaffung und nach Amortisierung folgender Einsparung.	Der Einsatz von BE-Fuelsavern bringt laut der angegebenen Internetseite (http://www.befuelsaver.at/) eine Kraftstoffeinsparung bei Fahrzeugen, die in einem geregelten Zyklus mit gleichbleibender Geschwindigkeit fahren. Der Fuhrpark der Stadt Hennef ist mit Dienstfahrzeugen ausgestattet, die von unterschiedlichen Mitarbeitern hauptsächlich für Kurzstrecken im städtischen Raum genutzt werden, daher kann man hier nicht von einem gleichbleibenden Zyklus sprechen. Zudem hat der österreichische Automobil-, Motorrad- und Touring Club in einem Test aus 2011 keine messbare Verbrauchsreduktion durch die Installation von Fuelsavern feststellen können. Es wurden auch keine signifikanten Unterschiede im Abgasverhalten festgestellt.
20	Ausgabevorschlag: Friedhof Uckerath - Herrichtung der Wege: Hauptweg sowie Nebenwege zu den Gräbern Begründung: Die Wege sind in sehr schlechtem Zustand. Älteren und gehbehinderten Mitbürgern fällt es sehr schwer dort die Gräber aufzusuchen.	Wir versuchen den Bestand der Friedhofswege in einem verkehrssicheren Zustand zu halten. Je nach Witterung und freien Kapazitäten kommt es jedoch zu Wildkrautbewuchs. Dies ist unerwünscht, aber nicht immer zu vermeiden. Für einen Umbau der kiesbefestigten Wege in Uckerath oder sonst auf den Friedhöfen fehlt m.W. dem Fachamt (hier 36) die finanzielle Ausstattung.
21	Ausgabevorschlag: Bürgersteig(e) an der Willi-Lindlar-Straße. Begründung: In der Straße und den anliegenden Straßen wohnen viele Menschen, vor allem auch viele Schüler. Es ist aber kaum möglich, bis bzw. ab Hs. Nr. 23 gefahrlos zu Fuß zu gehen. Sparvorschlag: Grünflächen-Arbeiten ohne Laubsauger und -Bläser. Das spart Strom und Krankheitszeiten der Arbeiter wegen Rückenproblemen.	Mit dem Einsatz von Laubsauern und -bläsern gestaltet sich die Arbeit effektiv und im Vergleich zur Anstrengung mit Besen rückschonend. Einsparpotential ist hier nicht zu erkennen. Im städtischen Haushalt sind für 2015 Mittel für die Planung und für 2016 Mittel für den Ausbau der Willi-Lindlar-Straße vorgesehen.